

# Schachts Stellung erschüttert?

7. Oktober 1927

Die plötzliche und gänzlich unvorhergesehene Erhöhung des Reichsbankdiskonts um ein Prozent, hat in politischen Kreisen ungeheures Aufsehen hervorgerufen, da selbst die größten Schwarzseher nur mit einer Erhöhung um 1/2 Prozent gerechnet hatten. Wie jetzt bekannt wird, hat das Reichswirtschaftsministerium den Plänen des Reichsbankpräsidenten leidenschaftlichen Widerstand entgegengelehrt. Alles deutet daraufhin, daß die schon lange bestehenden Differenzen zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und der Reichsbank zu einer Krise drängt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß insbesondere Staatssekretär Dr. Trendelenburg des Geldbeschaffungspolitikers Dr. Schacht seit langer Zeit auf das schärfste bekämpft hat. Im Reichswirtschaftsministerium steht man auf dem Standpunkt, daß die Diskonterhöhung nur darauf zurückzuführen ist, daß die Reichsbankleitung sich gegen die Auflage von Auslandsanleihen getraut hat. Man ist weiter der Auffassung, daß es ein schwerer finanztechnischer Fehler gewesen ist, Anfang des Jahres den Reichsbankdiskont herabzusetzen, um dadurch die Industrie zu veranlassen, sich Geld durch inländischen Kredit zu beschaffen.

Wie wir zuverlässig mitteilen können, ist Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius fest entschlossen, die Dinge nicht weiter gehen zu lassen. Er wird im Reichskabinett die Frage aufwerfen, ob die autonome Reichsbank derartige einschneidende Maßnahmen treffen darf, ohne sich mit Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministerium überhaupt in Verbindung zu setzen. Dr. Curtius dürfte erklären, daß er bei einer derartigen Handhabung der Geschäfte keine Verantwortung mehr für das deutsche Wirtschaftsleben übernehmen könne. Die Reichsregierung dürfte sich also vor die Frage gestellt sehen, ob sie Curtius oder Schacht halten will, da ein weiteres Zusammenarbeiten beider Männer kaum möglich sein dürfte.

Gestern nachmittag fand eine Ministerbesprechung statt, die zwar als „Chesbesprechung“ bezeichnet wurde,

aber völlig den Charakter einer Kabinettsitzung getragen hätte, wenn der Reichszankler an ihr teilgenommen haben würde. Wie wir erfahren, haben sich die Minister ausschließlich mit Anleihefragen und der Gestaltung der Preispolitik beschäftigt. Insbesondere dürfte die ablehnende Haltung des Reichsbankpräsidenten zu der Aufnahme von Auslandsanleihen sehr eingehend zur Sprache gekommen sein. Wie zuverlässig verlautet, sollen auch die Schwierigkeiten, die die Auflegung der Preußenanleihe jetzt in den Vereinigten Staaten findet, darauf zurückzuführen sein, daß Dr. Schacht bei seinem letzten Aufenthalt in New York dagegen Stimmung gemacht hat.

In politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß der Reichsbankpräsident zu seiner ablehnenden Einstellung durch die Erwägung geführt wurde, daß Auslandsanleihen das trübe Bild unserer Wirtschaftslage nur verschleiern könnten, und deshalb unter Umständen der erstrebten Revision des Dawesplanes hinderlich sein könnten. Im Gegensatz zu dieser Auffassung des Reichsbankpräsidenten steht die Reichsregierung bekanntlich auf dem Standpunkt, die Erfüllungspolitik müsse durchgeführt werden, solange es irgend möglich sei. Es zeigt sich also hier

## ein neuer scharfer Meinungsunterschied zwischen Reichsregierung und Reichsbankleitung.

der nur den Eindruck verstärken kann, daß jetzt eine Entscheidung darüber fallen muß, ob Reichswirtschaftsministerium oder Reichsbank für derartige finanztechnische Fragen resorrtmäßig zuständig sind. Wir glauben mitteilen zu können, daß diese Auffassung auch in Regierungskreisen besteht und daß die geistige Chefbesprechung vor allem den Zweck hatte, hierüber eine Verständigung herzustellen. Eine Kabinettsitzung unter Vorsitz des Reichszanklers zu der auch Reichsbankpräsident Dr. Schacht hinzugezogen werden wird, dürfte unmittelbar bevorstehen und die Entscheidung bringen.

## Reich und Länder.

7. Oktober 1927

Von bestunterrichteter Seite hören wir, daß auch weite deutschnationale Kreise der Meinung sind, eine straffere Zentralisierung der Steuerverwaltung sei nicht zu vermeiden, falls die Finanzschwächen der Länder nicht überhand nehmen sollen. Man ist aber der Ansicht, daß dies durchaus nicht den Anfang eines Einheitsstaates überhaupt bedeuten könne, sondern daß es der Bevölkerung jedes Bundesstaates überlassen bleiben müsse, ob sie ihre staatliche Selbständigkeit innerhalb des deutschen Reiches aufgeben wolle oder nicht. Als geeignetes Mittel, dies festzustellen, wird allein eine Volksabstimmung in den betreffenden Ländern angesehen. Man würde es ferner für das Gebotene halten, wenn die Länder nördlich der Mainlinie, die nicht länger selbständig bleiben wollen, sich zunächst dem preußischen Staatsverband anschließen, während die süddeutschen Staaten, wie beispielsweise Hessen, Reichsland werden könnten.

Von zuständiger Stelle wird uns überdies mitgeteilt, daß die demnächst stattfindende Konferenz mit den Ländervertretern nicht auf die Initiative der Reichsbehörden zurückzuführen ist, sondern die Anregung dazu von den Ländern selbst ausgeht. Der Rahmen dieser Besprechung dürfte kaum soweit und so allgemein gezogen werden, wie dies die Deffenlichkeit anzunehmen scheint.

## Der französisch-amerikanische Zollkonflikt.

7. Oktober 1927

Die Erhöhung der Zollsätze für eine Reihe von französischen Waren durch das Finanzdepartement der Vereinigten Staaten, hat in offiziellen französischen Kreisen einen recht unangenehmen Eindruck hervorgerufen, der durch die Mitteilung des amerikanischen Staatsdepartements daß man zur Einigung zu gelangen hoffe, nicht völlig verwischt worden ist. Trotzdem gibt man sich der Hoffnung hin, daß die Erhöhung der Tarife noch nicht den Beginn eines Zollkrieges zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich bedeute und daß bezüglich der Zulieferung des Staatsdepartements die Verhandlungen fortbauern werden.

Im französischen Handelsministerium erklärte man, die französische Regierung sei gezwungen auch weiterhin den Vereinigten Staaten die Klausel der meistbegünstigten Nation zu verweigern, solange die Vereinigten Staaten ihrerseits Zugeständnisse ablehnen. Man weiß daraufhin, daß die Vereinigten Staaten in höherem Maße an dem Warenaustausch zwischen Frankreich und Amerika interessiert seien als dies bei Frankreich der Fall sei, denn der französische Handel nach den Vereinigten Staaten betrage zurzeit nur etwa 10 Prozent des amerikanischen nach Frankreich. Anders sei die Lage zu der Zeit gewesen, als Frankreich noch seine Weine nach den Vereinigten Staaten ausführen konnte. Seitdem letztere trockengelegt seien, kämen nur noch für Arzneizwecke geeignete Weine in Frage, die in den Handelsportziffern kaum ins Gewicht fielen. Wie der New Yorker Berichterstatter des Petit Parisien mitteilt, soll die Verfügung des amerikanischen Schatzamtes zur Erhöhung der Zollsätze auf gewisse französische Waren von Staatssekretär Mellon gegengezeichnet sein. Die Verordnung wird mit ihrer Veröffentlichung in dem wöchentlich erscheinenden Zollblatt in Kraft treten. Man erklärt daß die amerikanische Zollserhöhung die französisch-amerikanischen Verhandlungen zu verhindern drohe. Unter den französischen Ausfuhrgegenständen,

die mit der erhöhten Taxe belegt werden, befinden sich Erzeugnisse für Automobile, Fahrräder und verschiedene chemische Produkte.

## Vor dem Bruch Frankreichs mit Sowjetrußland?

7. Oktober 1927

### Tschitscherin über die Katowitschfrage.

Der Soir veröffentlicht ein Interview Robert Lacurids mit dem Volkskommissar Tschitscherin über den Fall Katowitsch und das Problem der russisch-französischen Beziehungen. Tschitscherin erklärte unter anderem:

Unsere Regierung hat nicht nur nicht zugestimmt Katowitsch abzurufen, sondern sie hat sich im Gegenteil seiner Abberufung ständig widersetzt. Weder Litwinow noch ich haben von einer Zustimmung unserer Regierung zu dieser Abberufung gesprochen. Ich habe niemals die geringste Unzufriedenheit mit dem Vorschlag Katowitsch zum Ausdruck gebracht sondern im Gegenteil habe ich alle Gründe seine Tätigkeit zu würdigen. In allen Fragen, die sein Auftreten in Frankreich betreffen, erkläre ich mich mit ihm durchaus solidarisch. Tschitscherin erklärte weiter, daß er dem französischen Vorschlag auf die Erklärung, Frankreich überlasse es ihm über die Abberufung Katowitsch zu entscheiden, zu verstehen gegeben habe, die russische Regierung habe nicht den geringsten Anlaß Katowitsch abzurufen. Was den durch eine falsche Interpretation der Unterchrift Katowitsch unter der Oppositionserklärung hervorgerufenen Zwischenfall anbelangt, so sei der Sowjetregierung formell durch den französischen Botschafter Herbetter erklärt worden, daß nach den Erklärungen Tschitscherins der Zwischenfall als abgeschlossen zu betrachten sei. Tschitscherin bezeichnete weiter die Heße der französischen Rechtspreffe gegen Katowitsch als durchaus unzulässige Angriffe und Beleidigungen gegenüber einem Botschafter einer fremden Macht.

Von besonderer Bedeutung sind die Schlussfolgerungen des russischen Volkskommissars in der er kategorisch sagte: Die Abberufung eines Botschafters ist ein politischer Akt von außerordentlicher Wichtigkeit. Katowitsch ist in Paris der treue Dolmetscher der Sowjetregierung. Die Forderung auf Abberufung kann nach russischer Meinung nur als ein unfreudlicher Akt gelten, der die ernstesten Rückwirkungen zu den Beziehungen zwischen beiden Ländern haben müßte. Ein solcher Akt scheint mir besonders gefährlich, wenn er in einer an und für sich schon schweren internationalen Atmosphäre und im Anschluß an eine Kampagne vollzogen wird, deren ausgesprochenes Ziel der Bruch zwischen Frankreich und Rußland ist.

## Frankreich verlangt Katowitschs Abberufung.

7. Oktober 1927

Wie der offiziöse „Petit Parisien“ mitteilt, wird dieser Tage eine Note des französischen auswärtigen Amtes in Moskau überreicht werden, die den Wunsch der französischen Regierung nach Abberufung Katowitschs offiziell auspricht. Als Grund für diese Forderung wird bezeichnet: Die Unterzeichnung des Aufrufs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei durch Katowitsch, die Veröffentlichung seiner Vorschläge in der Schuldenfrage, mit der er sich gegen jeden diplomatischen Gebrauch über den Kopf der französischen Regierung hinweg direkt an die Besitzer der russischen Papiere gewandt und damit seine Rolle als Diplomat aufgegeben

habe, um zu einem Agitator in dem Lande zu werden, bei dem er aggregiert sei.

## Zur Notlandung des D 1230 bei Santa Cruz.

7. Oktober 1927

Zu der Notlandung des Junkers-Ozeanflugzeuges D 1230 meldet das 8-Uhr-Abendblatt aus Pissabon, daß die Landung wegen des schlechten Wetters erfolgte, nachdem das Flugzeug in dichtem Nebel eine halbe Stunde lang einen geeigneten Landungsplatz gesucht hatte. Der Pilot Loole, der am Steuer war, konnte den dichten Nebel nicht durchschauen. Das Flugzeug war bei seiner Landung vor dem Strande von Santa Cruz in gefährliche Nähe der Klippen geraten. Die Bevölkerung, die an den Strand geeilt war und die Gefahr erkannt hatte, in der sich das Flugzeug befand, bei hohem Seegang an den Felsen zu zerbrechen, schwenkte Fackeln, zündete am Strande Feuer an und gab Flintenschüsse ab, um die Aufmerksamkeit der Besatzung zu wecken. Darauf nahmen die Piloten die Hilfe zweier Fischerboote an, die das Flugzeug eine Meile weit von der gefährlichen Stelle fortzuschleppten. Der Fahrer Loole ging darauf allein an Land, wo er einige Depeschen aufgab und in einem Hotel ein Mahl zu sich nahm. Um 9 Uhr abends ging er wieder an Bord zurück.

## Die Kosten der Besoldungsreform.

7. Oktober 1927

Wie das Berliner Tageblatt mitteilt, werden die Kosten der Besoldungsreform, von den Staatsarbeitern abgesehen, für Preußen auf 180 Millionen Mark geschätzt. Das preußische Finanzministerium will für die erste Zeit die Mehraufwendungen selbst aufbringen, für späterhin 100 bis 120 Millionen Mark, so daß das Reich nur mit 60 bis 80 Millionen Mark einzuspringen hätte. Die Mehraufwendungen Bayerns werden mit 60 Millionen Mark berechnet. Zur finanziellen Entlastung der Länder sind Vorschläge gemacht worden, die unter anderem dahin gehen, daß der Ertrag der Getränkesteuer ausschließlich den Ländern zugute kommen, die Hauszinssteuer in stärkerem Umfange zur Dedung des allgemeinen Finanzbedarfs herangezogen und möglicherweise auch die Umsatzsteuer erhöht werden soll.

Es handelt sich hierbei, wie ergänzend mitgeteilt werden kann, lediglich um unverbindliche Vorschläge, die in der kombinierten Konferenz der Ministerpräsidenten und Finanzminister der Länder am Montag aufgetaucht sind.

### Um die Dedung für die Besoldungsreform.

Wie die Telegraphen-Union erzählt, hat gestern vormittag in Fortsetzung der gestrigen Beratungen der vereinigten Reichsratsausschüsse der besondere aus diesen Ausschüssen zusammengestellte Dedungsausschuss des Reichsrats getagt, um die Frage der Dedung für die Besoldungsreform zu behandeln. In dieser Sitzung ist vom Reichsfinanzminister erneut der auch vom Reichskabinett gebilligte Standpunkt vertreten worden, daß an eine Aenderung des Finanzausgleichs, insbesondere des § 35, nicht zu denken sei und daß die Mittel für die Besoldungsreform aus den zu erwartenden Mehreinkünften gedeckt werden müßten. Die Verhandlungen über die Dedungsfrage gehen jedoch weiter. Gestern nachmittag traten die vereinigten Ausschüsse des Reichsrats erneut zusammen, um speziell die technische Frage der Durchführung der Besoldungsreform zu beraten.

Preußen und Sachsen sind bereit, wenigstens für ein halbes Jahr die Mehraufwendungen der Beamtenbesoldung zu übernehmen. Die anderen Länder erklären sich aber nicht einmal zu dieser Leistung fähig. Bayern hat gegen die Besoldungsvorlage Einspruch erhoben.

## Schutz und Hilfe gegen die spinale Kinderlähmung.

Die spinale Kinderlähmung hat in einigen Teilen Deutschlands seit kurzem einen epidemischen Charakter angenommen und dadurch weite Kreise der Bevölkerung mit Furcht und Schrecken erfüllt. Wenn uns auch bis heute ein Heilerum gegen die Krankheit noch fehlt, so stehen wir ihr doch nicht machtlos gegenüber. Da zunächst der Sitz der Krankheitsteime und die Anheftungswirkungen von Mensch zu Mensch bekannt sind, so läßt sich durch zweckmäßige hygienische Verhältnisse der Weiterverbreitung Einhalt tun. Hierbei ist die Zusammenarbeit von Ärzten, Behörden und Publikum von besonderer Wichtigkeit. Durch den polizeilichen Meldezwang kommt jeder Fall der Bekrde zur Kenntnis und wird von Amts wegen hinsichtlich der notwendigen Absonderungs- und Desinfektionsmaßnahmen bearbeitet. Deshalb ist es wichtig, daß vor allem das Publikum keinen Krankheitsfall zu verheimlichen sucht und schon beim geringsten Verdacht einen Arzt zu Rate zieht. Durch Merkblätter usw. wird die Bevölkerung über das Wesen und die Form der Krankheit ebenso wie über die zu beobachtenden Vorsichtsmaßnahmen aufgeklärt.

Da sich die Krankheitserreger in den Körperausscheidungen vorfinden, so ist von allgemeinen hygienischen Maßnahmen besonders folgendes zu beachten: 1. Halte niemanden an. 2. Halte beim Husten oder Niesen stets ein Taschentuch vor den Mund. 3. Unterlassung unnötigen nahen Berührungs, wie z. B. das Räufen. 4. Benutzung nur eigener Hand- und Taschentücher. 5. Halte deine Ohren- und Tringefäße abgefordert von denen des Erkrankten. 6. Wasche dir häufig die Hände. 7. Schütze die Speisen vor Fliegen und vernichte die Fliegen, wo du kannst; denn auch sie können die Krankheit übertragen. Die Befolgung dieser Vorschriften ist auch für Gefasnde von größter Bedeutung, da diese, ohne selbst zu erkranken, doch Krankheitsträger und daher Weiterverbreiter der Krankheit sein können.